

## NACHRICHTEN

## 3000 Serben demonstrierten



KOSOVOSKA: Mehr als 3000 Serben haben am Freitag in der zwischen Serben und Kosovo-Albanern geteilten Stadt Kosovska Mitrovica für den Schutz ihrer Rechte demonstriert. «Stoppt den albanischen Terrorismus», war auf einigen Transparenten zu lesen.

An der Kundgebung auf der grössten Kreuzung im serbischen Nordteil der Stadt nahmen auch zahlreiche Kinder und Jugendliche teil. Die Demonstration solle sich auf den Norden der Stadt beschränken, um deutlich zu machen, dass die serbische Bevölkerung nicht auf Provokation aus sei, sagte der Anführer der Serben, Oliver Ivanovic.

## Mindestens 32 Tote bei Bomben-Explosionen

ILIGAN: Bei der Explosion von zwei Bomben sind am Freitag auf den Philippinen mindestens 32 Menschen getötet worden. Weitere 38 seien verletzt worden, teilte die Küstenwache in Iligan mit. Die Bomben seien unter einem Reisebus explodiert, der auf einer Fähre über die Panguil Bay im Süden des Inselstaates unterwegs war. Der Bus war in Kolambagan gestartet und sollte nach Ozamis übersetzen. Durch die beiden Explosionen wurden ein Reisebus und vier andere Fahrzeuge in Brand gesetzt. Brigade-General Narciso Abaya äusserte den Verdacht, es könne sich um einen Anschlag der Islamischen Moro-Befreiungsfront (MLF) handeln, die seit 21 Jahren für einen islamischen Staat auf der Insel Mindanao kämpft.

## Bayern vereinbart mit Wien Zusammenarbeit

MÜNCHEN: Ungeachtet der EU-Massnahmen gegen Österreich hat das deutsche Bundesland Bayern eine enge sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der umstrittenen ÖVP-FPO-Regierung in Wien vereinbart. Beim Antrittsbesuch des neuen österreichischen Innenministers Ernst Strasser (ÖVP) am Freitag in München sagte Bayerns Innenminister Günther Beckstein, die grenzüberschreitende Kooperation im Kampf gegen die Kriminalität dürfe nicht unter den «grossen Fragen der Europa- und Weltpolitik» leiden. Strasser betonte, Österreich werde seinen Beitrag zum gemeinsamen Kampf gegen die organisierte Kriminalität leisten. Wichtiges Anliegen sei auch die Harmonisierung der Asylbestimmungen. Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber von den Christsozialen (CSU) hatte der ÖVP unmittelbar nach der Wahl eine Koalition mit der FPÖ empfohlen und Wien nach dem EU-Boykott Unterstützung zugesagt.

## Festnahme von Kurden kritisiert

ISTANBUL: Erstmals hat ein führender Politiker der türkischen Regierungskoalition die Festnahme von drei kurdischen Bürgermeistern im Südosten des Landes kritisiert. Ex-Regierungschef Mesut Yilmaz (Bildmitte) bezeichnete die Festnahmen als «unglücklich». Insbesondere im Hinblick auf die Beziehungen der Türkei zur Europäischen Union, seien die Ereignisse negativ zu bewerten, sagte er nach einer Meldung des türkischen Fernsehsenders NTV vom Freitag. Yilmaz zufolge war die Regierung nicht über die Festnahmen informiert. Yilmaz' konservative Mutterlandspartei ist einer der Regierungspartner in der Koalition von Ministerpräsident Bülent Ecevit. Die Anwälte der drei Bürgermeister von der pro-kurdischen Partei HADEP legten inzwischen Einspruch ein.

## Schirinowski ausgeschlossen

MOSKAU: Der russische Nationalist Wladimir Schirinowski bleibt von der Präsidentenwahl am 26. März ausgeschlossen. Das Oberste Gericht Russlands erklärte am Freitag einen entsprechenden Beschluss der Zentralen Wahlkommission für rechtens. Dies meldeten russische Nachrichtenagenturen. Schirinowski war vergangene Woche wegen falscher Angaben über seine Besitzverhältnisse von der Wahl ausgeschlossen worden. Er werde gegen das Urteil des Obersten Gerichts Berufung einlegen, sagte Schirinowski am Freitag.

## Gräueltaten der Russen

TV-Aufnahmen von Massengräbern in Tschetschenien lösen Empörung aus

MOSKAU: Erstmals im russischen Fernsehen ausgestrahlte Filmaufnahmen von Massengräbern in Tschetschenien haben am Freitag in Moskau scharfe Proteste ausgelöst. Die vom deutschen Sender N24 stammenden Aufnahmen waren vom russischen Fernsehsender NTV übernommen worden.

Die Aufnahmen sollen angebliche Menschenrechtsverletzungen der russischen Armee bei ihrem Feldzug im Kaukasus zeigen. Das russische Parlament (Duma) bezeichnete die Bilder als «gestellt» und «Provokation». Der Sender N24 wies diese Vorwürfe zurück. «Die Bilder sind echt», hiess es in einer Pressemitteilung.

## Untersuchung eingeleitet

Die russische Militärstaatsanwaltschaft leitete am Nachmittag eine Untersuchung ein. Die Aufnahmen zeigten Massengräber in der Ortschaft Gajty westlich von Grosny mit den Leichen tschetschenischer Rebellen. Im Kommentar dazu hiess es, die Leichen seien zum Teil verstümmelt und wiesen Zeichen von Folter auf. Nach Ansicht des N24-Reporters Frank Höfling sind viele der Rebellen hingerichtet worden.

Das Verteidigungsministerium Moskau sprach von einem «gestellten Beitrag». Ein Sprecher des rus-



Gemäss einem Videobereich des deutschen Nachrichtensenders «N24» sollen russische Soldaten Gräueltaten an Tschetschenen angerichtet haben. Moskau weist die Vorwürfe als westliche Propaganda zurück. (Videobild)

sischen Geheimdienstes FSB und der Tschetschenien-Sprecher der Regierung in Moskau, Sergej Jastrschembki, nannten die Bilder eine Fälschung. Am Abend sagte der Kreml-Sprecher im russischen

Fernsehen, dem N24-Reporter werde die Tschetschenien-Akkreditierung entzogen. Er räumte aber ein, es handle sich um authentische Bilder aus Tschetschenien. Es habe sich jedoch um die Leichen bei

Kämpfen getöteter Rebellen gehandelt. Dies bestätigte am Freitag auch Oleg Blozky, Korrespondent der russischen Zeitung «Iswestja». Er selbst habe den Bericht am 14. Februar gemacht, sagte er.

## Labour feiert 100-jähriges Bestehen

Feier am Sonntag geplant. Parteichef Blair spricht von einem «Jahrhundert des Scheiterns»

LONDON: Die ersten 100 Jahre Labour waren ein Reinfall. Das sagt niemand anderer als Parteichef Tony Blair selbst. Wenn die Partei am Sonntag ihr 100-jähriges Bestehen feiert, will der Premierminister über ein «Jahrhundert des Scheiterns» reden.

Schliesslich war die Partei zusammengerechnet gerade einmal 25 Jahre an der Macht. Die meiste Zeit durfte sie den Konservativen beim Regieren nur zuschauen.

Heute sieht es zwar anders aus: Da betrachtet sich Labour als Trendsetterin der europäischen Sozialdemokratie und «natürliche Regierungspartei». Doch viele fragen sich: Kommt das wohl daher, weil New Labour mit der alten Arbeiterpartei des Jahres 1900 nicht mehr verbindet als der Name?

Im Vergleich zur SPD, die sich

schon 1959 im Godesberger Programm vom Klassenkampf verabschiedete, schrieb sich Labour den Sozialismus noch lange stolz auf die Fahnen. Labour-Premier Harold Wilson (1964-1970 und 1974-1976) gab sein Marx-Studium zwar schon auf Seite 2 des «Kapitals» entwert auf, doch noch bis Mitte der 90er Jahre war die Verstaatlichung der Produktionsmittel im Parteiprogramm festgeschrieben. Erst nach vier verlorenen Wahlen in Folge kam 1994 Labours Stunde Null: Der Reformier Tony Blair wurde Parteichef.

Der frühere Thatcher-Bewunderer mit dem messianischen Sendungsbewusstsein drängte den Einfluss der einst übermächtigen Gewerkschaften so weit zurück, dass sie am Sonntag beim Parteijubiläum überhaupt nicht mehr vertreten sein werden. «Wir sind jetzt alle Kapita-

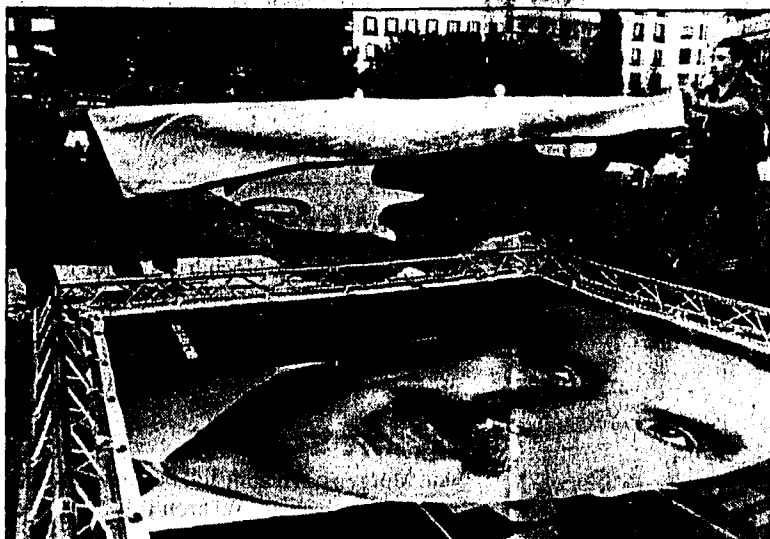
listen», frohlockt der Blair-Vertraute Peter Mandelson. Abgehakt sind die einst heiligen Lehren des britischen Wirtschaftsphilosophen John Maynard Keynes (1883-1946), wonach die Regierung bei einer drohenden Rezession durch kräftiges Spendieren Investitionen und Nachfrage ankurbeln muss.

Extrageld gibt es selbst dann nicht, wenn in ganz London mal wieder alle Intensivstationen bis aufs letzte Bett belegt sind. Blairs Finanzminister Gordon Brown ist ebenso wie Margaret Thatcher ein Schüler des neoliberalen US-Ökonomen Milton Friedman. Browns Credo: «Auf einem Berg von Schulden kann man kein neues Jerusalem bauen.»

In der Finanz- und Sozialpolitik bietet die Labour-Regierung der konservativen Opposition deshalb kaum noch Angriffsflächen, zumal

sie konkrete Aussagen möglichst vermeidet. Der französischen Nationalversammlung erklärte Blair einmal, der «Dritte Weg» sei einfach «alles, was funktioniert». Als Hauptunterschied zur deutschen SPD etwa galt in den vergangenen Jahren Labours Geschlossenheit. Doch seit einigen Wochen meldet sich «Old Labour», der schon totgesagte Gewerkschaftsflügel, wieder lautstark zu Wort. In London droht nun sogar eine Spaltung, nachdem Blair gegen den Willen der Basis eine Kandidatur des Altlinken Ken Livingstone für das Amt des Bürgermeisters verhindert hat. Livingstone erwägt nun eine Kandidatur auf eigene Faust. Eine solche Situation ausgerechnet im Jubiläumsjahr ist nicht ohne Ironie: Labour selbst entstand vor 100 Jahren, als sich unzufriedene Mitglieder der Liberal Party selbstständig machten.

## Wahlkampf eröffnet



Die spanischen Parteien haben in der Nacht zum Freitag offiziell den Parlamentswahlkampf eröffnet. Der als Favorit geltende Ministerpräsident Jose Maria Aznar (Bild) hielt seine Rede traditionsgemäss um Mitternacht. Dabei stellte er den Kampf gegen den Terror der baskischen Untergrundorganisation ETA in den Mittelpunkt seiner Rede in der nordspanischen Stadt Oviedo. Er warf der Baskischen Nationalpartei PNV vor, sich nicht klar genug von der ETA zu distanzieren.

## Anschlag missglückt

BELFAST: In Nordirland ist am Freitag ein Bombenanschlag auf einen britischen Militärstützpunkt fehlgeschlagen. Die selbst hergestellten Sprengsätze in drei Gasflaschen konnten entschärft werden, nachdem es zuvor nur zu einer schwachen Explosion gekommen war.

Niemand wurde verletzt, nur einige Fensterscheiben zersprangen. Als mögliche Täter gelten die Extremisten der Continuity IRA, einer Splittergruppe der IRA. Vor drei Wochen hatte die Continuity IRA bereits eine Bombe hinter einem Hotel explodieren lassen.

«Das ist tödliches Zeug», sagte ein Sprecher der britischen Armee in Nordirland zu den gefundenen Sprengsätzen. «Es gibt immer noch bösartige, mörderische Leute, die versuchen, andere umzu-

bringen.» Untersucht wird nun, wie die Sprengsätze auf das Kasernengelände geschmuggelt wurden. Der Vorsitzende der katholischen Sinn-Fein-Partei, Gerry Adams, rief am Freitag alle Anhänger des Friedensprozesses zu Demonstrationen gegen die britische Regierung auf. Ziel der Aktionen müsse es sein, London zur Aufhebung der Direktherrschaft über Nordirland und zur Wiedereinsetzung der nordirischen Regionalregierung zu bewegen.

Er rückte jedoch vorsichtig von Äusserungen vom Vortag ab, wonach Sinn Fein nicht mehr als «Vermittler» zwischen Briten und IRA agieren wolle: «Ich werde meinen Einfluss ebenso nutzen wie das meine Kollegen und andere tun werden. Aber es muss eine gemeinsame Anstrengung sein», sagte Adams.